

Ermordete Antifaschisten

Nazigegner opferte sich 1945, um seine Familie zu schützen. Seite 3



Keine Ärzte aus Polen

Die Grenzschießung des Nachbarn erwischt Brandenburg kalt. Seite 11

Foto: Getty Images/iStockphoto

Hilfe für Geflüchtete

Corona setzt Migranten an der EU-Außengrenze zu. Seite 2

Foto: imago images/ANE Edition

nd neues deutschland

DER TAG

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 27. März 2020

75. Jahrgang/Nr. 74

Einzelverkaufspreis 2,00 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Damit kein Arzt selektieren muss

Stefan Otto über Kliniken, die sich auf den Höchststand der Corona-Epidemie vorbereiten

Die deutschen Krankenhäuser befinden sich in einer angespannten Ruhe. Mediziner gehen davon aus, dass die Zahl der Infektionen noch beträchtlich steigen wird und das System möglicherweise an seine Grenzen kommt. So gut es geht, bereiten sich die Spitäler auf diesen Ausnahmezustand vor. Dazu gehört wohl auch die Überlegung, dass womöglich nicht alle Schwerkranken gleichermaßen versorgt werden könnten.

Damit solche Horrorszenarien, wie sie aus spanischen und italienischen Kliniken geschildert werden, hierzulande nicht auch eintreten, steht das öffentliche Leben schon seit Tagen weitgehend still. Die Zahl der Infektionen soll nicht so stark ansteigen, dass das Gesundheitssystem kollabiert. Kein Arzt soll genötigt sein, über Leben und Tod entscheiden zu müssen, weil die medizinischen Ressourcen nicht ausreichen. Das ist das Ziel dieser derzeit beispiellosen gesamtgesellschaftlichen Anstrengung.

Natürlich muss sich der Politikbetrieb schon jetzt Gedanken darüber machen, wie eine Rückkehr zur Normalität aussehen kann. In diese Debatte mischen sich derzeit auch Stimmen, die auf ein baldiges Ende der Beschränkungen dringen, weil ihnen die wirtschaftlichen Folgen ungeheuerlich erscheinen. Oft sind dahinter eigene Interessen zu erkennen. Mehrheitsfähig sind diese Forderungen zum Glück nicht. Angesichts des erwarteten Verlaufs der Epidemie erscheinen sie geradezu aus der Zeit gefallen.

UNTEN LINKS

Allmählich begreifen auch die Allerletzten, dass die soziale Isolation eine Prüfung ist – uns auferlegt vom Schicksal, dem lieben Gott oder auch von Jens Spahn (je nach Glaubensbekenntnis). Der Mensch, zurückgeworfen auf sich selbst und seine nächsten Angehörigen; das kann nicht lange gutgehen. Wobei das große Wehklagen darüber, das praktisch fünf Minuten nach Bekanntwerden der Selbstisolationsempfehlung einsetzte (Wie lange halten wir das aus?) auch schon wieder eine Art von Zeitvertreib ist. Überhaupt – Zeitvertreib, ein verräterisches Wort. Statt sie zu vertreiben, könnte man die Zeit ja auch nutzen. Nur so am Rande. Weil die Regierung das Problem erkannt hat, erlässt sie uns als Teil des großen Hilfspaketes am Sonntag ein quälende Stunde (genannt: Einführung der Sommerzeit). Blöd nur, dass das nicht am helllichten Tage stattfindet. Wer etwas davon haben will, muss nachts extra aufstehen. Ja, liebe Freunde, eine Krise ist eben kein Zuckerschlecken. wh

ISSN 0323-3375



»Die Angst vor dem braunen Virus ist durch keine Ausgangssperre aufzuhalten.«

Nach den Morden von Hanau stellt die Publizistin Daniela Dahn zehn Forderungen an die Politik



Foto: imago images/VIADATA

Berlin. Mit einem Forderungskatalog zur konsequenten Entnazifizierung wendet sich die Publizistin Daniela Dahn an die Öffentlichkeit. Nach den rassistischen Morden von Hanau vor gut fünf Wochen hätten die regierenden Politiker »ihren rituellen Trauerbekundungen keine praktischen Konsequenzen folgen lassen, obwohl dafür vor dem Pandemie-Notstand noch Zeit gewesen wäre«, schreibt Dahn in ihrem Text, den »neues deutschland« in dieser Ausgabe veröffentlicht. Am 19. Februar hatte ein Rassist in der hessischen Stadt Hanau zehn Menschen erschossen, fast alle aus migrantischen Familien.

Dahn zitiert die Forderung der Hanauerin Newroz Duman vom Aktionsbündnis »We'll come united« nach einem »Programm der Entnazifizierung« in Behörden, Schulen, Ämtern, Parteien und Parlamenten. Darauf habe niemand reagiert. Deshalb hat die Autorin nun zehn Forderungen formuliert, die auf Defizite in der politischen Praxis und Debatte zielen und »jederzeit zu ergänzen sind«. Unter anderem geht es um eine Reform des Verfassungsschutzes, der eine Bedrohung für die Demokratie vor allem auf der linken Seite sehe und das rechtsextremistische Potenzial der gesamten AfD verschweige. Weitere Forderungen

betreffen die Offenlegung rechtsextremer Netzwerke in der Polizei, die Sensibilisierung der Justiz für Bedrohungen von rechts, eine Antifaschismus-Klausel im Grundgesetz und die Überprüfung der staatlichen Traditionspflege, was etwa fragwürdige Kasernen- und Straßennamen betrifft.

Dahn will es nicht bei einem Appell belassen, der womöglich wiederum folgenlos bleibt. »Wenn die angesprochenen Institutionen nicht beabsichtigen, auf die Forderungen einzugehen«, schreibt die Publizistin, »haben sie die Pflicht, dies vor der Öffentlichkeit zu begründen.« nd Seite 4

Endspurt vor Beatmung

Jens Spahn will die Zahl der Intensivbetten vor dem Corona-Höhepunkt auf knapp 60 000 verdoppeln

Noch hat die Corona-Epidemie Deutschland nicht voll erreicht. Politik und Gesundheitswesen nutzen die Frist, um Behandlungskapazitäten zu erhöhen und die Forschung zu stärken.

Von Uwe Kalbe

In Italien wurde ein über Hundertjähriger nach einer Coronavirusinfektion geheilt aus dem Krankenhaus entlassen. Ein Hoffnungsschimmer – so freute sich die regionale Politik in Rimini. Mit mehr als 7500 Todesfällen ist Italien das in Europa am härtesten getroffene Land, doch auch aus Spanien häufen sich Meldungen, dass das Krankenhauspersonal der wachsenden Patientenzahl nicht mehr Herr wird. Die Zahl der Todesopfer stieg auf mehr als 4000 und übertraf damit die in China. Immer mehr Krankenhäuser in Deutschland nehmen Corona-Patienten etwa aus Italien und Frankreich auf, weil die eigenen

Kapazitäten noch nicht ausgeschöpft sind. Es herrsche die Ruhe vor dem Sturm, wie Jens Spahn am Donnerstag formulierte. Der Bundesgesundheitsminister begründet dies mit der größeren Vorlaufzeit in Deutschland und dem im Vergleich leistungsfähigeren Gesundheitssystem.

Auch wenn der medizinische Stresstest noch nicht erfolgt ist – dicht an die deutschen Grenzen rückte er bereits heran. Katastrophenmediziner berichteten über dramatische Zustände aus dem französischen Elsass. Demnach arbeiten Mediziner an der Universitätsklinik Straßburg weiter mit Corona-Patienten, auch wenn sie selbst infiziert sind. Über 80-Jährige würden nicht länger beatmet. Stattdessen erfolge »Sterbebegleitung mit Opiaten und Schlafmitteln«, schreiben die Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Katastrophenmedizin in Tübingen in einem Bericht an die baden-würt-

tembergische Landesregierung, über den dpa berichtet.

In Deutschland setzt inzwischen eine Debatte über den Umgang mit Patienten im Angesicht überlasteter Krankenhäuser ein. Vermieden werden soll die »Triage«, eine Situation, in der Mediziner wie in Italien und Spanien entscheiden müssen, welche Patienten sie behandeln und welche sie sterben lassen. Die Deutsche Stiftung Patientenschutz kritisiert das Vorgehen im Elsass nach Alter scharf. Lebensalter oder Herkunft dürften für die medizinische Hilfe keine Rolle spielen, sagte Vorstand Eugen Brysch. »Vielmehr stehen der Patientenwille und die medizinische Prognose im Mittelpunkt.«

Minister Spahn will es zur Triage nicht erst kommen lassen. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der derzeit 28 000 Intensivbetten mit Beatmungskapazität in deutschen Kliniken zu verdoppeln. Zugleich

läuft die Forschung auf Hochtouren. Die Unikliniken schlossen sich zu einem Netzwerk zusammen, um Diagnose- und Behandlungsverfahren sowie Patientendaten gemeinsam auszuwerten. Die am Donnerstag vorgestellte Initiative wird vom Bundesforschungsministerium mit 150 Millionen Euro unterstützt. Mit Agenturen

Aktuelles zur Corona-Pandemie auf den Seiten 5–11 und 14–16

► Lesen Sie morgen in nd.DieWoche

Präsident Corona: Regieren per Dekret

Mensch und Wildtier: Bitte Abstand halten

Ende Legende: Tschüss, Lindenstraße

Fünf Billionen Dollar für Weltwirtschaft

G20 beschließen wegen Coronakrise riesige Investitionen

Riad. Die G20-Staaten investieren wegen der Coronakrise fünf Billionen US-Dollar in die Weltwirtschaft. Es gehe darum, »Vertrauen wiederherzustellen, finanzielle Stabilität zu bewahren, Wachstum neu zu beleben und gestärkt aus der Krise hervorzugehen«, so die 20 führenden Industrie- und Schwellenländer am Donnerstag nach einer Videokonferenz. In einer Erklärung bekannnten sie sich dazu, der gemeinsamen Bedrohung durch die Pandemie »gejoint entgegenzutreten«.

Im Zuge gezielter finanzpolitischer und wirtschaftlicher Maßnahmen und Bürgschaften würden über fünf Billionen Dollar in die Weltwirtschaft investiert, um den Auswirkungen der Pandemie zu begegnen, hieß es. »Ausmaß und Umfang dieser Reaktion werden der Weltwirtschaft wieder auf die Beine helfen und eine feste Grundlage für den Schutz von Arbeitsplätzen und die Wiederherstellung des Wachstums schaffen«, so die Staats- und Regierungschefs. Sie wollten alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Pandemie zu stoppen »und die Menschen, vor allem die Schwächsten unter ihnen, zu schützen«.

Zum Videogipfel hatte der saudische König Salman eingeladen, dessen Land 2020 der G20 vorsitzt. Für Deutschland nahm Kanzlerin Angela Merkel teil. AFP/nd

Bartsch fordert Vermögensabgabe

Linke-Fraktionschef: Neue Schulden sollten nicht die Bürger bezahlen

Berlin. Linke-Fraktionschef Dietmar Bartsch hat zur Finanzierung der Milliardenkosten in der Corona-Krise eine einmalige Vermögensabgabe auf große private Vermögen gefordert. Bartsch sagte der Deutschen Presse-Agentur: »Wer wird die aktuelle Krise bezahlen? Die Re-Finanzierung der Hilfspakete ist bisher ungeklärt. Es darf nicht sein, dass die neuen Staatsschulden – wie nach der Bankenkrise – von den Bürgern damit bezahlt werden, dass an der öffentlichen Infrastruktur gespart wird.« Das Grundgesetz sehe im Artikel 106 das Mittel einer einmaligen Vermögensabgabe vor.

»Die größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg verlangt eine besondere Solidarität derjenigen, denen es sehr gut geht«, sagte Bartsch. »Wir brauchen in dieser schwierigen Zeit nichts dringender als gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine einmalige »Corona-Abgabe« auf große private Vermögen ist dafür geboten.« dpa/nd

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,

die Gesellschaft befindet sich derzeit im Ausnahmezustand. Viele Menschen sind angehalten, zu Hause zu bleiben, damit das Coronavirus gebremst wird. Andere arbeiten unter Hochdruck – in Gesundheitseinrichtungen, in der Pflege, im Handel. Der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger hat die Verlage zu einer Aktion aufgerufen, mit der allen gedankt wird, die entweder den Laden am Laufen halten oder die dringend nötige soziale Distanz wahren. Auf den Seiten 12 und 13 dieser »nd«-Ausgabe finden Sie ein Plakat, das Sie gerne an Ihrem Fenster anbringen können – so, dass es Passanten auf der Straße lesen können. Es ist ein Zeichen der Anerkennung für alle, die sich verantwortungsbewusst verhalten, und ein Hinweis darauf, wie wichtig Zeitungen gerade in einer solchen Krisensituation sind.

Wolfgang Hübner, nd-Chefredakteur